GENDER OPEN REPOSITORIUM

# Transformationen von öffentlich und privat : Eine gesellschafts - und affektt heoretische Perspektive auf Geschlechterdemokratie

**Sauer, Birgit**

**2017**

**https://doi.org/10.25595/2064**

**Veröffentlichungsversion / published version**
**Zeitschriftenartikel / journal article**

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Sauer, Birgit: *Transformationen von öffentlich und privat : Eine gesellschafts - und affektt heoretische Perspektive auf Geschlechterdemokratie*, in: Bulletin Texte / Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien / Humboldt-Universität zu Berlin (2017) Nr: 43, 12–29. DOI: https://doi.org/10.25595/2064.

**Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

**Terms of use:**

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

*Birgit Sauer*

# Transformationen von öffentlich und privat. Eine gesellschafts- und affekttheoretische Perspektive auf Geschlechterdemokratie

## 1. Das liberale Trennungsdispositiv und seine Verschiebungen. Einleitung

In der westlichen Moderne werden Privatheit und Politik bzw. Öffentlichkeit als dichotome gesellschaftliche Sphären entworfen; auch Gefühle und Rationalität werden als gegensätzliche Erfahrungs- und Wahrnehmungsmodi begriffen. Während in der Privatheit der vernunftbegabten Individuen Gefühle erlaubt sind bzw. als unvermeidlich gelten, sind sie in der Öffentlichkeit und im Modus des *politischen* und vor allem *staatlichen* Handelns unerwünscht. Staat und Politik gelten als gefühlsneutral oder besser: Sie sollen frei von Gefühlen sein: „Sine ira et studio" beschreibt Max Weber die Ethik staatlichen Handelns und Entscheidens (Weber 1993). Gefühle auf der einen Seite und Wissen, Vernunft und Aufklärung auf der anderen Seite werden in diesem liberalen Trennungsdispositiv zu einander ausschließenden Erfahrungs- und Wahrnehmungsformen bzw. Handlungsrationalitäten und sollen ebenso wie Öffentlichkeit und Privatheit strikt voneinander getrennt bleiben. Emotionen sind in diesem Idealtypus also konstitutiv ausgeschlossen aus dem Öffentlich-Staatlichen und als grundlegende demokratische Elemente delegitimiert (kritisch: Nussbaum 1996; 2001). Diese interagierende Polarisierung, die gegenseitige Ausschließlichkeit von Räumen, Normen und Wertbezügen entlang der Achse öffentlich und privat bzw. rational und emotional charakterisiert die westliche Vorstellung von Staat und Demokratie bis weit ins 20. Jahrhundert. Diese emotions- und affektfeindliche Haltung wurde

auch von der Politikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg sekundiert und reproduziert.

Mit dem Gebot der Trennung von öffentlich und privat sowie von Vernunft und Gefühl wurde seit dem 19. Jahrhundert nicht nur die soziale Benachteiligung von Frauen hegemonial, sondern auch ihr politischer Ausschluss gerechtfertigt. Gefühle gelten generell als weiblich, wie auch als zentrales Merkmal anderer Subalterner (Spelman 1989). Die Privatheit der Gefühle schrieb sich also nicht nur als vergeschlechtlichte, sondern auch als klassisierte und rassisierte Herrschaftspositionen in westlich-moderne Politik ein. Die Delegitimation von Gefühlen begründet somit ein generatives Muster hierarchischer Differenzierungen wie auch die Delegitimation der als emotional und das heißt vor allem nicht rational konstruierten Subjekte und ihrer Handlungen.

Die Kritik der Trennung von öffentlich und privat war ein zentraler Ausgangspunkt der zweiten Frauenbewegungen seit den 1970er Jahren in westlichen Gesellschaften. Das Ziel dieser Kritik war es, Herrschafts- und Gewaltverhältnisse in der so genannten Privatheit der Familie bzw. Partnerschaft zu skandalisieren. Die Kritik am Trennungsdispositiv bildete auch den Einsatz feministischer Wissenschaftlerinnen, um einen fundamentalen androzentrischen Herrschafts- und Exklusionsmodus der Moderne kritisch zu hinterfragen: „Das Persönliche ist politisch" als Imperativ einer Kritik an der Trennung von öffentlich und privat implizierte auch die Forderung nach „mehr Gefühle in der Politik" und der Überwindung einer Trennung von Ratio und Emotio. Dies bezog sich auch bereits ganz früh auf die Art der Wissensgenerierung (Kulke 1985).

Die aktuelle Aufmerksamkeit für Emotionen in der Politik, im Arbeitsleben, in den Medien, aber auch in den Kultur-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Frey 2008) – der „emotional" oder neuerdings „affective turn" (Clough/Halley 2007) – kann als Ausweis für Verschiebungen von

öffentlich und privat gelesen werden. Während sich die Soziologie seit ihrem Beginn mit der Rolle von Emotionen für das menschliche Zusammenleben und Handeln befasste, brach die Studie von Arlie Hochschild über „emotionale Arbeit" eine Lanze für Emotionen als ernsthaftem Thema (sozial-)wissenschaftlicher Forschung. Auch die Politikwissenschaft löste sich aus ihrer Gefühlsstarre und öffnete sich thematisch der Bedeutung von Emotionen und Affekten in der Politik (Marcus 1994; Klein/Nullmeier 1999; Hofinger 2011).

Sowohl Alltags-, Medien- wie auch Wissenschaftsdiskurse tragen zu dem Eindruck bei, dass das moderne liberale Gefühlsdispositiv dabei ist zu erodieren (auch Illouz 2006). Statt Gefühle in die Privatheit von Intimbeziehungen und in die Semi-Öffentlichkeit von Beratungs-Magazinen oder Therapien zu verbannen und dem Raum der rationalen, entemotionalisierten Öffentlichkeit gegenüberzustellen, scheint die moderne Trennung zwischen öffentlich und privat, zwischen Politik und Gefühl, zwischen Affekt und Arbeit seit dem Beginn des neuen Jahrtausends in westlich-liberalen Demokratien zunehmend suspendiert zu werden (Bargetz/Sauer 2010). Die gegenwärtige Form der „Mediokratie" (Meyer 2001) ist geradezu geprägt durch die Grenzüberschreitung zwischen Politik als einerseits rationaler, wissensbegründeter Handlungsform sowie Politik als andererseits Leidenschaft und Engagement. Wer als PolitikerIn glaubwürdig sein will, muss Betroffenheit oder privat-familiäre Empathie als Ausweis von Authentizität demonstrieren. Die öffentliche Demonstration von Emotionen wird geradezu erwartet. Andreas Dörner hat dies treffend als „Politainment" bezeichnet (Dörner 2001).

Allerdings ist die politische Ökonomie der Affekte eine Ökonomie ungleicher Verfügbarkeit und der prekären Allokation. In Deutschland fand die Skepsis gegenüber Gefühlen in der Politik jüngst ihren Ausdruck im vieldeutigen Begriff des „Wutbürgers". Als pejorativer Begriff fand er Eingang in die mediale Debatte über die BürgerInnen-Proteste gegen den

Stuttgarter Bahnhof im Herbst 2010. „Wutbürger" bezeichnet eine bürgerliche Mitte, die ihre Contenance verloren habe und nun ihren Gefühlen freien Lauf lasse, ohne Rücksicht auf den Schaden, den das Allgemeinwohl durch diese Untemperiertheit nehme (Matzig 2011).

Schließlich ist die Ressource Affekt für Politikerinnen im Vergleich zu Männern in der Politik unzugänglicher. Die Geschlechterdifferenz blieb in westlich-liberalen Demokratien ein Modus, um die Grenze zwischen Politik und Gefühl, zwischen Wissen und Emotion, nicht nur sichtbar zu machen, sondern auch aufrecht zu erhalten, gleichsam zu verkörpern. Nach wie vor wird Politiker*innen* stärkere Emotionalität und deshalb eine geringere Distanziertheit im Politikgeschäft als Makel unterstellt. Politiker*innen* geben sich im Unterschied zu Politikern daher bewusst emotionslos. So war Angela Merkel nach ihren Wahlsiegen – und selbst gegenüber einem unflätigen Gerhard Schröder in der so genannten Elefantenrunde – immer bemüht, *keine* Emotionen zu zeigen. Emotionalität gestattet sie sich nur in außenpolitischer Mission – nämlich im Stadion, wenn die deutsche Nationalmannschaft ein Tor schießt.

Ich möchte im Folgenden der Frage nachgehen, wie die Entgrenzungen von Affekten und Politik, von privat und öffentlich geschlechterdemokratisch einzuschätzen sind. Handelt es sich um eine Form neoliberaler Entpolitisierung und Unterwerfung? Oder bieten sich neue Formen – auch affektbezogener – Repolitisierung? Um diese Fragen beantworten zu können, so schlage ich vor, muss die Rede über Gefühle, Emotionen, Affekte und Politik im Kontext aktueller Transformationen von Staat, Demokratie und Gesellschaft verortet werden, verweist doch der neue Emotionsdiskurs auf grundsätzliche Transformationen des ‚Öffentlich-Privat-Gefüges' unter neoliberalen Konstellationen und damit auch auf mögliche Veränderungen im Politischen und in der Vorstellung von Demokratie. Meine These ist, dass beides – die Entgrenzung von öffentlich und privat wie auch der neue Gefühls- bzw. Affektdiskurs – Ausdruck und

zugleich Movens neuer Selbstverhältnisse und Identitätsentwürfe im Neoliberalismus sowie neuer *politischer* Subjektivierungsweisen sind und dass sich ein neues Gefühlsdispositiv herausbildet. Dieses Argument möchte ich im Folgenden skizzieren, zuvor aber kurz meine Begrifflichkeit erläutern.

## 2. Begriffliche Klärungen

Mit dem Begriff ‚Affekt' soll im Unterschied zu Emotionen das unmittelbare Zusammenspiel von Körper, Empfinden und Kognition betont werden. Dies zielt darauf, die Trennung von Geist und Materie bzw. Körper, von Kognition und Emotion und damit auch von Männern und Frauen begrifflich-konzeptionell zu überwinden – und damit einen Weg aus dem modernen Trennungsgebot zu weisen. Peter Goldie spricht von Gefühlen als „unreflective consciousness" (Goldie 2009: 62ff.). Unter Bezug auf Brian Massumi (2002) wird unter Affekt die unmittelbare und unwillkürliche körperliche Reaktion auf einen äußeren Reiz, das gleichsam präkognitive Erleben der Umwelt bzw. das Affiziertsein von der Wirklichkeit verstanden. Im Unterschied dazu geht Sara Ahmed (2004) davon aus, dass mit dem Konzept Affekt, die Trennung in ein „Innen" und ein „Außen" überwunden werden kann, dass also Affekte weder innere Regungen auf etwas Äußeres sind, noch als ein äußerer Eindruck auf ein Innen verstanden werden können.

Die Etablierung des Affekt-Konzepts in der feministischen Diskussion zielt zudem darauf, den Körper bzw. körperliche Materialität (wieder) in die politische und politiktheoretische Debatte zurück zu bringen. Gefühle, so Sara Ahmed, werden verkörpert, sie werden im und durch den Körper gespürt (Ahmed 2004: 15). Doch weder Gefühle noch menschliche Körper sind natürlich gegeben. Gefühle öffnen den menschlichen Körper gegenüber anderen Menschen, wie auch gegenüber machtvollen sozialen

und politischen Verhältnissen (ebd.). Ahmed macht anhand politisch produzierter Gefühle wie Angst vor den ‚Anderen' deutlich, wie Machtverhältnisse Körper formen und beeinflussen. Die Analyse von Affekten ist somit immer auch Macht- und Herrschaftsanalyse und sie fügt sich damit in die feministische Kritik der herrschaftsförmigen Trennung von öffentlich und privat ein.

Auch wenn ich die Begriffe Affekt, Gefühl und Emotion weiterhin synonym verwende, möchte ich drei Aspekte aus diesen Debatten um den „affective turn" festhalten:

*Erstens*: Emotionalität und Rationalität bzw. Kognition sind untrennbar verwoben (Damasio 2004). Kognition erfolgt immer im Modus der Emotion, und Emotionen sind ohne Kognition nicht wahrnehmbar. Dies bezeichnet auch Sabine Döhrings (2007) Konzept der „emotionalen Gefühle".

*Zweitens*: Weder Affekte noch menschliche Körper sind natürlich im Sinne von vorgesellschaftlich erlebbar. Vielmehr formen und beeinflussen Machtverhältnisse den Körper wie auch die Gefühle. Affekte sind also politisch-kulturelle, d.h. symbolisch kodierte und gesellschaftlich konstruierte Wahrnehmungs- und Handlungsmuster. Sie sind als das Ergebnis eines historisch spezifischen Deutungs- und Definitionsprozesses von körperlichen Erfahrungen zu fassen (Kochinka 2004). Normen und soziale Verhältnisse lassen Affekte und körperlich spürbare Gefühle entstehen und machen diese überhaupt erst intelligibel (de Sousa 1997).

*Drittens*: Affekte sind – so möchte ich in Analogie zu Michel Foucaults Sexualitätsdispositiv formulieren (Foucault 1983) – die Bezeichnung für ein historisches Dispositiv, also eine kontextbezogene Machtkonstellation (vgl. Sauer 1999). Das Gefühlsdispositiv prägt die innere Logik von Praxen, Normen, Institutionen und Symbolen und stellt damit individuel-

le Motivationen unter die Kontrolle von Institutionen, nämlich von affektiven Institutionen.

Mein Konzept von Affekten impliziert, dass auch von keiner vordiskursiven Logik des Zusammenhangs von Politik, Geschlecht und Emotionalität ausgegangen werden kann. Vielmehr ist die Ordnung von Gefühl und Politik sowie von Geschlecht und Affekt im politischen Raum Element einer historisch entstandenen „Politik der Gefühle" (ebd.).

## 3. Das neoliberale Gefühlsdispositiv oder die Herausbildung einer neoliberalen affektiven Gouvernementalität

Der Wandel des Affektdispositivs gründet in neoliberalen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen, die durch die Erosion der Grenzziehung zwischen Gesellschaft, Ökonomie und Staat gekennzeichnet sind. Aktuelle politische Veränderungen werden mit dem Schlagwort „Postdemokratie" (Rancière 2002; Crouch 2004) oder der „simulativen Demokratie" (Blühdorn 2013) auf den Begriff gebracht. Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und in politische RepräsentantInnen, sinkende Wahlbeteiligung und eine wachsende Unzufriedenheit mit der Performanz demokratischer Institutionen, aber auch der Bedeutungs- und Gestaltungsverlust von Staaten gegenüber der Ökonomie bilden den Kontext des neuen politischen Emotions- bzw. Affektdiskurses und spürbarer Verschiebungen zwischen öffentlich und privat. Neue Technologien unterstützen nicht nur die Finanzialisierung des Kapitalismus, sondern fördern auch neue Vorstellungen der Menschen, was sie von sich preisgeben, was sie von sich veröffentlichen und was sie verbergen wollen.

Auch die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, Produktion und Reproduktion haben sich in westlichen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften verschoben. Affekte werden damit in neuartiger Weise ‚ent-

grenzt' und ökonomisiert. Affektive Arbeit als Beziehungs- und Sorgearbeit ist nicht mehr auf die Intimsphäre und auch nicht mehr auf klassische Dienstleistungsarbeit begrenzt, vielmehr verlangt die Entgrenzung von Arbeit und Freizeit – sowohl in Bezug auf Zeiten wie auch auf Räume und Orte – die ‚ganze Person' im Arbeitsprozess mit ihren körperlichen, kognitiven wie auch affektiven Fähigkeiten. Menschen sollen nun ihre Gefühle, ihre Leidenschaften und ihr Engagement als Humanressource in den Arbeitsprozess einbringen. Und sie sollen dies freiwillig tun, um damit ihre Arbeitsfreude, ihre Kreativität, ihr Potenzial und ihr Wohlbefinden in der Arbeit wie auch im Privatleben zu steigern. Dies hat u.a. zur Folge, dass Menschen die Grenzen zwischen öffentlich und privat nun selbst ziehen müssen, sie sind für den Schutz ihrer Intimsphäre in neuartiger Weise selbst verantwortlich. Klassisches Beispiel ist die berufliche Verfügbarkeit am Mobiltelefon, die sowohl Last, aber auch Lust an der Kommunikation implizieren kann. Prekarität als Erwerbsunsicherheit durch Flexibilisierung, Verdichtung und Intensivierung von Arbeit zeichnet sich auch durch eine Entgrenzung von öffentlich und privat aus, nämlich als ständige Verfügbarkeit, als Zwang zur Mobilität und Aktivität.

Menschen werden als kreative und selbstverantwortliche Individuen angerufen, die in der Lage sind, die notwendigen Emotionalisierungs- und Disziplinierungsleistungen quasi selbst gewollt und freiwillig zu erbringen. Diese (neuartige) körperliche Dimension kapitalistischer Vergesellschaftung, die auch über Affektivität erfolgt, bezeichnen Vassilis Tsianos und Dimitris Papadopouols (2006) als „embodied capitalism". Die neoliberale affektive Bewirtschaftung und die Indienstnahme von Affekten für das neoliberale Projekt ökonomischer Hegemonie instituieren also neuartige Techniken der affektiven Steuerung. Im Zentrum dieser Gefühlsstrategie steht das „Selbstregieren" der Individuen (Foucault 2004 I: 297). Affekte werden auf diese Weise ein unabdingbares Element des „neoliberalen Regierens" bzw. einer „aktiven Gouvernementalität", wie Foucault dies nannte (Foucault 2004 II: 174).

Mit dem Konzept des „affektiven Selbstunternehmertums“ (im Anschluss an Foucault 2004 I: 314) bzw. der „affektiven Subjektivierung“ wollen Otto Penz und ich (Penz/Sauer 2014) deutlich machen, dass eine neue Form der ‚Führung‘ und der Regierung von Menschen mit und durch Gefühle, nämlich das „affektive Selbstregieren“, normalisiert, gefördert und gefordert wird (ebd.). Der *homo oeconomicus* wird ergänzt, nicht ersetzt, durch den *homo affectus*. Im Anschluss an Foucault kann man diese Konstellation (Foucault 2004 II: 174) als neoliberale ‚affektive Gouvernementalität‘ bezeichnen.

Diese neue affektive Regierungstechnik hat auch Konsequenzen für Geschlechterverhältnisse – und: Geschlechterverhältnisse sind ein zentraler Katalysator dieser gesellschaftlichen und politischen Re-Organisation im Rahmen eines neuen Affektdispositivs und neuer affektiver Subjektivierungsweisen. Vergeschlechtlichte Körper sind Markierungen, die diese neuen Herrschafts- und Beherrschungsverhältnisse im Gefühlsmodus dar- und herstellen. Dies möchte ich kurz ausführen: Gefühle können und sollen nicht mehr in eine konstruierte familiäre Privatsphäre abgedrängt und dort durch eine allein dafür zuständige Person, in der Regel eine Frau, „befriedigt“ werden (Flam 2002: 12f.). Vielmehr ist ein Mehraufwand an affektiver Arbeit für Frauen wie auch für Männer in der Privatsphäre und im Erwerbsleben feststellbar. Doch die These von einer Erosion von Geschlechterbildern und -identitäten, von einem ‚Degendering‘ und dem Auflösen von Zweigeschlechtlichkeit im Modus der affektiven Arbeit, wie dies Michael Hardt, Antonio Negri (2002) oder Cristina Morini (2007) in Aussicht stellen, muss in Frage gestellt werden. Zwar verschieben sich im Modus der affektiven Arbeit Geschlechterrollen und -bilder, nicht zuletzt sind es weibliche Fähigkeiten oder besser Zuschreibungen an Frauen, die nun zur Grundlage von kapitalistischer Mehrwertproduktion werden; zwar werden die alten Institutionen der Geschlechterdifferenz und hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit flexibilisiert und auch Männer werden „affektiv subjektiviert“ und unterworfen.

Doch – wie Angela McRobbie (2010) unter Verweis auf Donna Haraway schreibt – ist auch affektive Arbeit durch die Gleichzeitigkeit der Erosion von hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit und ihrer Intensivierung gekennzeichnet. In einer Studie über die österreichische Post konnten Otto Penz und ich (Penz/Sauer 2012) herausarbeiten, dass über Affekte Zweigeschlechtlichkeit rekonfiguriert und neuartig hierarchisiert wird. Männer definierten beispielsweise ihre produzierten Gefühle am Arbeitsplatz als neue Kompetenz, während Frauen sich Gefühle ‚natürlicherweise' zuschrieben und sie ihnen auch zugeschrieben wurden. Die neuen Formen des affektiven Selbstmanagements setzen somit weiterhin auf Geschlechterdifferenz als Form der Subjektivierung.

## 4. Affektive Politisierung und Entgrenzung: Einschränkung von Demokratie?

Die politisch-demokratischen Konsequenzen dieser Entgrenzungsbewegungen von öffentlich und privat sowie einer neuen affektiven Gouvernementalität möchte ich in vier Punkten zusammenfassen. Das Konzept einer neoliberalen affektiven Gouvernementalität verweist *erstens* auf den Zusammenhang von politisch-staatlicher Steuerung des Lebens der Menschen und der Herausbildung von Individualität und Identität. Affektive Gouvernementalität fokussiert somit Subjektivierung im doppelten Sinne der Subjektwerdung und der Unterwerfung unter Macht und Herrschaft im Modus der Emotion (Foucault 2000: 50). Affektive Arbeit am Selbst ist ein Element einer neuen biopolitischen Regierungsweise, die über Gefühle auf das Leben der Menschen zugreift und damit die Grenze zwischen Intimität – verstanden als Sphäre von Rechten und Schutz – und der Öffentlichkeit – verstanden als Sphäre der Ökonomie und ihrer Verwertungslogik, des Staates und seiner Sicherheitsapparate – außer Kraft setzt. So forcieren beispielsweise Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken

diesen unmittelbaren Zugriff auf Menschen, auch auf ihre affektiven Qualitäten und Fähigkeiten als ökonomische Ressource wie auch im Kontext aktivierender Politiken zur Selbstverantwortung. Der Staat soll Menschen ‚aktivieren', sie als ganze Personen erfassen. Neoliberale affektive Gouvernementalität als Fremd- wie auch als Selbstregierung ist somit eine Form von Herrschaft, der Versuch eines gleichsam totalitären Zugriffs, der zu einer Entmächtigung, zu einem Verlust von Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeit und mithin zu einer Erosion von Demokratie führen kann. Affekte institutionalisieren neue Machttechniken *in* den Menschen, nämlich die Unterwerfung unter neue Formen und Erfordernisse der Organisation des Lebens, des Zusammenlebens und Arbeitens unter neoliberalen Bedingungen, also auch der öffentlichen Ordnung, von Staatlichkeit und Demokratie. Eine Überwindung des Regierens und Regiert-Werdens, das durch das moderne Trennungsdispositiv institutionalisiert und hegemonial wurde, scheint aus dieser Perspektive im Modus von Affekten nicht möglich. Ähnlich argumentierte bereits in den 1980er Jahren Arlie Hochschild (2003), als sie emotionale Arbeit als entfremdend charakterisierte. Im Unterschied dazu soll aber mit dem Konzept der Gouvernementalität auf die Chance der Zurückweisung von affektiver Unterwerfung, der „Kritik" im Foucaultschen (1990) Sinne durch Praktiken der Selbstregierung und der affektiven Ent-Unterwerfung hingewiesen werden.

*Zweitens*: Mit den neoliberalen Regierungstechniken ist ein Konzept von *citizenship* verbunden, das BürgerInnen vornehmlich als KonsumentInnen, als KundInnen betrachtet. Die neuen Lebensweisen im Modus der Affekte werden nämlich zur Voraussetzung für den Zugang zu bzw. für den Ausschluss aus staatsbürgerlichen Rechten. Wer die Kunst des affektiven Selbstunternehmertums nicht beherrscht, läuft Gefahr, nicht nur aus Arbeitszusammenhängen, sondern auch aus politischer Teilhabe und von politischen Rechten ausgeschlossen zu werden. Die Forderung, die eigenen Affekte zu managen und produktiv, d.h. für eine fiktive All-

gemeinheit, einzusetzen, läuft somit Gefahr, Menschen zu entmächtigen und sie aus dem politischen Gemeinwesen, aus der politischen Öffentlichkeit auszugrenzen. Zwar wird Frauen heute das Wahlrecht nicht mehr mit Verweis auf ihre Emotionalität verweigert, doch der Umgang mit den eigenen Gefühlen und dem eigenen Körper wird in ganz essentialisierender Weise wieder ein geschlechtsspezifisches Merkmal für Zugehörigkeit bzw. für Nicht-Zugehörigkeit: Nur wer seine Gefühle meistert und moderiert, sie punktgenau einsetzen kann, ist ein guter neoliberaler Bürger; und diese Fähigkeit wird vornehmlich weißen Männern der Mehrheitsgesellschaft unterstellt. Frauen aus Minderheiten, aber auch marginalisierten Männlichkeiten, z.B. migrantischen jungen Männern, wird diese Fähigkeit abgesprochen. Letztere gelten als aggressiv, wie in den jüngsten Diskursen über Flüchtlinge kolportiert wird, Frauen aus Minderheiten hingegen werden als submissiv und unfrei gezeichnet. So produziert der Affektdiskurs – immer noch oder wieder – BürgerInnen zweiter Klasse, indem vermeintliche Privatheit, nämlich Affektkontrolle, zum Ausgangspunkt von öffentlicher Disziplinierung wird.

Mit der postdemokratischen Konstellation sind *drittens* neue Formen politischer Mobilisierung ‚von oben' verbunden, also die ‚Neu-Erfindung' einer politisch-partizipativen Öffentlichkeit. Affekte sollen aktiv hervorgebracht und zu demokratischen Ressourcen werden, sie sollen die Entgrenzung von öffentlich-politisch und privat moderieren. Ulrich Bröckling (2005) bezeichnet dies als „Zwang" zur Partizipation. Dem Prozess steigender parteipolitischer Interesselosigkeit und Entfremdung, dem demokratischen Legitimationsverlust soll durch neue Gefühlstechniken, d.h. durch die herrschaftsförmige Mobilisierung von Affekten und durch Affizierung entgegen getreten werden. Zivilgesellschaftliche politische Partizipation, die affektive Mobilisierung wird so aber in neuartiger Weise Teil von Herrschaft.

Darüber hinaus läuft eine solch instrumentelle Mobilisierung von Gefühlen für politische Identitätsbildung oder auch zur Etablierung von Sicherheits- bzw. Angstregimen, sei es Angst vor Fremden oder vor Terroristen, Gefahr, den Boden für populistische anti-egalitäre und ausschließende Affektpolitiken zu bereiten. Und ganz offenbar sind in das postdemokratische ‚Sinnvakuum' der Parteipolitik, das durch die radikale neoliberale Transformation des Alltags der Menschen wie auch des politischen Raumes geschaffen wurde, bereits rechts-populistische Parteien vorgedrungen, die mit einer Politik der Angst (Ahmed 2004; Wodak 2015) – Angst insbesondere vor den ‚Anderen', den MigrantInnen – in ganz Europa Wählerstimmen gewinnen.

*Viertens*: Die Organisation des Lebens und Arbeitens, also auch Politik und Regulierung, erfolgen über Beziehungen zu Anderen, sie werden strukturiert und organisiert über Nähe bzw. Distanz, durch Relation und Kooperation wie auch durch Abgrenzung und Ausschluss. Die Aufhebung der zeitlichen und räumlichen Trennung von Arbeit und Leben, die Arbeit in Netzwerken und die „affektive Subjektivierung" in und durch Arbeit eröffnen daher auch neuartige Chancen der Affizierung gegen kapitalistische Entfremdung und können einen Ausgangspunkt für mögliche Widerstandsformen des „Nicht-so-Regiert-Werden-Wollens" bilden (Foucault 1990). VertreterInnen des „kognitiven Kapitalismus"-Ansatzes (Moulier Boutang 2011: 57) wie auch Theoretiker in der postoperaistischen Tradition wie Michael Hardt (1999), Antonio Negri (Hardt/Negri 2002: 291-314) und Paulo Virno (2004) argumentieren, dass „affektive Arbeit" zu einem bedeutenden Element immaterieller Arbeit in den Ländern des globalen Nordens und somit immer wichtiger werde. Kommunikations- und Beziehungsfähigkeit – also affektive Kompetenzen – werden zu zentralen Skills, und in kommunikativen Netzwerken am Arbeitsplatz und darüber hinaus entstehen Verknüpfungen, Beziehungen und Nähe – also Affekte. Michael Hardt bezeichnet dies als „Biopolitik von unten" (Hardt 1999: 98). Darin wiederum sieht er eine

Chance des gemeinsamen politischen, also demokratischen Handelns gegen Entfremdung, Ausgrenzung und Ungleichheit. Diesen Gedanken möchte ich abschließend kurz ausführen.

## 5. Kurzes Fazit: „affizierende Demokratie“

Ohne Zweifel ist die strategische Emotionalisierung von Politik, Demokratie und Staatlichkeit, die Entgrenzung von Gefühl und Politik wie auch von privat und öffentlich im Kontext neoliberaler Konstellationen mit Skepsis zu betrachten – auch aus einer Geschlechtersicht. Allerdings darf diese negative Sicht auf die Instrumentalisierung von Affekten nicht entkontextualisiert erfolgen – sonst verkommt sie zum moralisierenden Argument. Einer machttheoretischen Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Affekten und Politik sollte es vielmehr immer um die Frage gehen, wie Affekte auch produktiv für die Verschiebung von Herrschaftsverhältnissen und für emanzipatives politisches Handeln konzeptualisiert werden können. Dies gilt auch und gerade für gegenwärtige Transformationsprozesse und Veränderungen von Regierungstechniken. Die aktuelle Transformation von öffentlich und privat ist ein herrschaftlicher Akt. Meines Erachtens gibt es zwei Wege, um der herrschaftsförmigen ‚Emotionsfalle‘ zu entgehen: erstens eine Kritik neoliberaler affektiver Gouvernementalität, wie ich es oben versucht habe, und zweitens die Anerkennung von Affekten als notwendiger Grundlage des Politischen. Affekte sind eine immer schon vorhandene Dimension politischen Handelns im Sinne Hannah Arendts (1993) – nämlich gemeinsam etwas zu beginnen. Dieses Gemeinsame beruht auf Affizierung, auf Betroffensein, auf Beziehung und Relation, auf Zugewandtheit und Empathie. Aber das Gemeinsame muss auch in widersprüchlichen Kontexten erstritten und erkämpft werden. Affekte sind so denkbar als widerständige, als ermöglichende Praxis, erlauben sie doch das Miteinander mit anderen, bieten

sie doch die Chance, die eigene Verletzbarkeit wie auch jene der anderen wahrzunehmen und zum Ausgangspunkt politischen Handelns zu machen (Butler 2011). Freilich geschieht dies in einem stets antagonistischen politischen Raum, in dem auch Furcht und Misstrauen mobilisiert werden und in dem auch Wut eine mobilisierende, freilich auch destruktive Kraft entfalten kann (Purtschert 2008).

Diese widersprüchliche Konstellation möchte ich vorläufig als „affizierende Demokratie" bezeichnen. Für dieses Konzept ist m.E. der feministische Anspruch der Herrschaftskritik ganz zentral, wie ihn auch die frühe Frauenbewegung der 1970er Jahre erhob: Frauenbewegtem Aktivismus ging es um die Politisierung und Kritik versteinerter, herrschaftsförmiger Geschlechterverhältnisse, versteinert auch in einer restriktiven Politik der Gefühle und einem herrschaftlich eingehegten Trennungsgebot, der Trennung von öffentlich und privat, von Staat und Emotion, von Rationalität und Affekt. In einem Konzept „affizierender Demokratie", das diese Trennungen überwinden soll, können Affekte allerdings nicht einseitig positiv zelebriert werden, weder als harmonisches Solidaritätsgedusel noch als ein Instrument, das eine agonale Spannung inszeniert, wie dies Chantal Mouffe (2002) vorschlägt. Vielmehr müssen Affekte stets in ihrer herrschaftlichen Wirkmächtigkeit zwischen Leben, Alltag und Politik hinterfragt werden. Eine „affizierende Demokratie" braucht Institutionen und Mechanismen, die dieses Spannungsverhältnis zumindest zeitweise auf Dauer stellen, um es dann auch wieder aufzulösen zu können. Sie braucht Zeit und Zeiten, um den je individuellen bzw. kollektiven Gefühlen nachzu*spüren*, aber auch, um über sie nachzu*denken*, um also herauszufinden, woher sie kommen, was sie ausgelöst hat und welche Bedeutung sie für das je eigene Leben, aber auch für das Leben anderer Menschen haben. In einem solch reflexiven und reziproken Prozess kann Demokratie als Form des Zusammenlebens und gemeinsam Handelns entstehen und Geschlechtertrennungen überwinden.

## Literatur

Ahmed, Sara (2004): The Cultural Politics of Emotion, Edinburgh.

Arendt, Hannah (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, hg. von Ursula Ludz, München.

Bargetz, Brigitte/Sauer, Birgit: Politik, Emotionen und die Transformation des Politischen. Eine feministisch-machtkritische Perspektive. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. 39. Jg (2010), H. 2, 141-155.

Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, Berlin.

Bröckling, Ulrich (2005): Gleichgewichtsübungen. Die Mobilisierung des Bürgers zwischen Markt, Zivilgesellschaft und aktivierendem Staat. In: spw. (2005), H. 2, 19-22.

Butler, Judith (2011): ‚Confessing a passionate state …' – Judith Butler im Interview. In: Feministische Studien. 29. Jg. (2011), H. 2, 196-205.

Clough, Patricia T./Halley, Jean (2007): The Affective Turn. Theorizing the Social, Durham/London.

Crouch, Colin (2004): Post-Democracy, Cambridge.

Damasio, Antonio (2004): Descartes' Irrtum. Fühlen, Denken und das menschliche Gehirn, Berlin.

Döring, Sabine A. (Hg.) (2007): Philosophie der Gefühle, Frankfurt a.M.

Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt a.M.

Flam, Helena (2002): Soziologie der Emotionen, Konstanz.

Foucault, Michel (1983): Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen, Frankfurt a.M.

Foucault, Michel (1990): Was ist Kritik?, Berlin.

Foucault, Michel (2000): Die Gouvernementalität. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a.M., 41-67.

Foucault, Michel (2004 I und II): Geschichte der Gouvernementalität I und II, Frankfurt a.M.

Frey, Bruno S. (2008): Happiness: A Revolution in Economics, Cambridge, MA/London.

Goldie, Peter (2009): The Emotions. A Philosophical Exploration, Oxford.

Hardt, Michael: Affective Labour. In: boundary. 26. Jg. (1999), H. 2, 89-100.

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M./New York.

Hochschild, Arlie Russell (2003): The Managed Heart. Commercialization of Human Feeling, Berkeley/Los Angeles/London.

Hofinger, Christoph (2011): Emotions as Key to Understanding Politics and Winning Campaigns. In: Christoph Hofinger und Gerlinde Manz-Christ (Hg.), Emotions in Politics and Campaigning, New Delhi/Sydney, 10-24.

Illouz, Eva (2006): Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Adorno-Vorlesungen 2004, Frankfurt a.M.

Klein, Ansgar/Nullmeier, Frank (Hg.) (1999): Masse – Macht – Emotionen. Zu einer politischen Soziologie der Emotionen, Opladen.

Kulke, Christine (Hg.) (1985): Rationalität und sinnliche Vernunft. Frauen in der patriarchalen Realität, Berlin.

Marcus, George E. (2002): The Sentimental Citizen. Emotion in Democratic Politics, University Park, PA.

Massumi, Brian (2002): Parables for the Virtual. Movement, Affect, Sensation, Durham.

Matzig, Gerhard : Schluss mit dem Gemaule. In: SZ-Magazin. (2011), H. 40, 22-25.

McRobbie, Angela: Reflections on Feminism and Immaterial Labour. New Formations. In: Goldsmith Research Online. (2010), 60-76.

Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt a.M.

Morini, Cristina: The Feminization of labour in Cognitive Capitalism. In: Feminist Review. 87. Jg. (2007), 40-59.

Mouffe, Chantal (2002): Politics and Passions. The Stakes of Democracy. Centre for the Study of Democracy. Online: http://www.wmin.ac.uk/sshl/pdf/Mouffe%20PDF%20.pdf [19.6.2010].

Moulier Boutang, Yann (2011): Cognitive capitalism, Cambridge.

Nussbaum, Martha C. (1996): Compassion: The Basic Social Emotion. In: Ellen Frankel, Fred. D. Miller und Jeffrey Paul (Hg.), The Communitarian Challenge to Liberalism, Cambridge/u.a., 27-58.

Nussbaum, Martha C. (2001): Upheavals of Thought. The Intelligence of Emotions, Cambridge.

Nussbaum, Martha C. (2013): Political Emotions. Why Love Matters for Justice, Cambridge/London.

Penz, Otto/Sauer, Birgit (2012): Arbeit der Subjektivierung: Männlichkeit und Emotionen. In: Elisabeth Mixa und Patrick Vogl (Hg.), E-Motions. Transformationsprozesse in der Gegenwartskultur, Wien, 117-127.

Penz, Otto/Sauer, Birgit (2014): Affektive Subjektivierung: Arbeit und Geschlecht. In: Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien. 20. Jg. (2014), H. 2, 79-94.

Purtschert, Patricia (2008): Nicht so regiert werden wollen: Zum Verhältnis von Wut und Kritik. Online: http://eipcp.net/transversal/0808/purtschert/de/print [20.9.2009].

Rancière, Jacques (1995): On the Shores of Politics, London.

Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt a.M.

Sauer, Birgit (1999): ‚Politik wird mit dem Kopfe gemacht'. Überlegungen zu einer geschlechtersensiblen Politologie der Gefühle. In: Ansgar Klein und Frank Nullmeier (Hg.), Masse, Macht, Emotionen. Zu einer Politischen Soziologie der Emotionen, Opladen, 200-218.

Sousa, Ronald de (1997): Die Rationalität des Gefühls, Frankfurt a.M.

Spelman, Elizabeth V. (1989): Anger and Insubordination. In: Ann Garry und Marilyn Pearsall (Hg.), Women, Knowledge and Reality: Explorations in Feminist Philosophy, Boston, 263-274.

Tsianos, Vassilis/Papadopoulos, Dimitris (2006): Precarity: A Savage Journey to the Heart of Embodied Capitalism. Online:http://eipcp.net/transversal/1106/tsianospapadopoulos/en/print [23.12.2013].

Virno, Paolo (2004): A grammar of multitude. For an analysis of contemporary forms of life, Los Angeles/New York.

Weber, Max (1993): Politik als Beruf, Stuttgart.

Wodak, Ruth (2015): The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean, Los Angeles/u.a.